

Grüne und Alternative
in den Räten von Baden-Württemberg
Forststr. 93
70176 Stuttgart
Tel. 0711 99359 90
Fax 0711 99359 99
E-Mail: gar@gar-bw.de



Juli 2005

Liebe GAR-Mitglieder,
wir müssen noch ein wenig durchhalten, bis die sitzungsfreie Zeit anbricht und wir wieder mehr Luft haben, uns mit den vielen Infos zu befassen, die uns erreichen. Der Juli-Rundbrief bietet Euch als letzte Ausgabe vor der Sommerpause einige interessante Hinweise für vertiefende Lektüre.

1. Ergebnisse des Seminars zur Umsetzung von Hartz IV
2. Gender-Haushalt
3. Faltblatt zu kommunalen Subventionen des MIV
4. Fragen und Antworten rund um das Thema Mobilfunk
5. Neues Abfallrecht in Kraft getreten
6. Reader zum Kongress „Europa findet Stadt“
7. Gentechnikfreie Region
- 8. Ein Thema für den Sommer: Jugendschutz bei Festen**
9. Steuerliche Behandlung von Ausgaben für die Kreistags- und Gemeinderatsarbeit
10. Gewinnspiel der EnBW in der Kritik der Kommunalaufsicht
11. Neues Schulinfo aus der Grünen Landtagsfraktion
12. Neue AKP ist erschienen

Mit freundlichen Grüßen
Sabine Schlager

1. Ergebnisse des Hartz IV-Seminars vom 18. Juni in Stuttgart

Das Seminar, das wieder von der GAR unterstützt wurde, war erneut ein Erfolg und weit und breit das Einzige, bei dem in offener, kritischer Debatte für Baden-Württemberg eine Zwischenbilanz der Umsetzung der Arbeitsmarktreformen gezogen wurde. Mehrere Grundaussagen lassen sich danach machen:

Niemand bezweifelt mehr, dass die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe ein richtiger Schritt war und dass es höchste Zeit war, die Sozialhilfeberechtigten aus ihrem Ghetto herauszuholen und die gesetzlichen Voraussetzungen für ihre (Wieder-)Eingliederung in den Arbeitsmarkt zu schaffen.

Bei der Umsetzung hapert es noch gewaltig, das "Fördern" steckt noch in den Anfängen, die neuen Arbeitsmarkt-Instrumente werden weit überwiegend noch nicht angewandt. Der Focus liegt eindeutig viel zu stark auf den "1 Euro- Jobs", statt z.B. sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse zu fördern.

Das Zusammenwirken zwischen Kommunen und den Arbeitsagenturen leidet einerseits unter dem "Nürnberger Zentralismus" der Bundesagentur, andererseits an der Blockadehaltung vieler (CDU-regierter) Landkreise. Eine starke Dezentralisierung und Selbständigkeit der örtlichen Akteure ist unabdingbar.

Für junge Menschen (mit Rechtsanspruch auf Eingliederung bis 25 Jahre!) geschieht noch viel zu wenig. Hier müssen dringend, z.B. mit sog. "Jugendkonferenzen", alle örtlichen Akteure an einen Tisch

Die grünen Forderungen nach Korrekturen und Nachbesserungen der Hartz-Gesetze wurden in vollem Umfang bestätigt: Bei Partnerschaftseinkommen, Anrechnung der Altersvorsorge, Bezugsdauer für ältere Arbeitslose usw. müssen sich grüne WahlkämpferInnen und alle grünen ParlamentarierInnen geschlossen für Verbesserungen stark machen. (Siehe Papier von Thea Dückert.)

Freundlicherweise hat uns die Heinrich Böll-Stiftung die Referate vom 18. Juni zur Verfügung gestellt. Mit ihnen bekommt Ihr einen fundierten Überblick über die Situation in Baden-Württemberg. Die Referate könnt Ihr auf verschiedene Weise beziehen:

- Als Ausdrucke oder als Dateien (Mail), anzufordern bei der GAR-Geschäftsstelle;
- im Internet auf der GAR-Homepage unter "Aktuell" <http://www.gar-bw.de/index.php?id=1365>
- auf der Homepage der Heinrich Böll Stiftung unter www.boell-ba-wue.de (Dort sind noch weitere Informationen zu finden)

Es handelt sich dabei um folgende Texte:

- Grüne Arbeitsmarktperspektiven für niedrig Qualifizierte – Thea Dückert
- Packen es die Arbeitsagenturen? – Regionaldirektion Baden-Württemberg der Bundesagentur für Arbeit – Ferdinand Lautenbacher
- Wird das Jobversprechen an junge Arbeitslose eingelöst? – Kreisrätin Beate Müller-Gemmeke
- Finanzierung der Frauenhäuser nach Inkrafttreten von Hartz IV – Paritätischer Wohlfahrtsverband – Sabine Brommer
- ALG II aus der Sicht der Beschäftigungsinitiative Erlacher Höhe
- ALG II aus der Sicht der Beschäftigungsinitiative Verbund für Beschäftigung Heidelberg

2. Gender-Budgeting – Haushalt für alle.

Wenn die Stadt Stuttgart viele Millionen für die kommende Fußball-WM ausgibt, dann wird niemand leugnen, dass überwiegend Männer die Nutznießenden dieses Events und die Ursache für aufwändige und teure Sicherheitsvorkehrungen sind. Auf das männliche Konto gehen auch die Schäden im öffentlichen Raum durch Vandalismus. Nichts gegen Fußballweltmeisterschaften - mit diesem Hinweis soll nur der Blick darauf gelenkt werden, dass es durchaus interessant sein kann, die Geldströme in kommunalen Haushalten daraufhin zu befragen, ob sie Männern und Frauen in gleichem Umfang zu Gute kommen. Wird den unterschiedlichen Bedürfnissen und Wünschen von Frauen und Männern in angemessener Weise Rechnung getragen? Oder bedeuten männliche Ratsmehrheiten und männliche Führungsetagen in den Verwaltungen, dass es den einen oder anderen blinden Fleck in der Wahrnehmung gibt. Die Petra-Kelly-Stiftung hat ihre Broschüre zum geschlechtergerechten Haushalt überarbeitet und erweitert. Die bietet einen Überblick über die Grundlagen des „Gender-Mainstreaming“ und erläutert, warum eine geschlechtergerechte Analyse und Gestaltung öffentlicher Haushalte notwendig ist und wie dies konkret aussehen kann. Die Broschüre ist zu beziehen bei info@petra-kelly-stiftung.de Tel. 089 242267-30; Fax 089 242267-47.

3. VCD-Faltblatt zu den kommunalen Kosten des Autoverkehrs

In den Haushaltsberatungen wird nur über diejenigen Kosten gestritten, die explizit ausgewiesen werden, wie zum Beispiel Zuschüsse für soziale Initiativen oder für den öffentlichen Personennahverkehr. Kosten, die in vielen Sammeltiteln verstreut sind und deren Verursacher nicht eigens genannt sind, laufen als laufende Ausgaben unkommentiert durch. Ein gewaltiger Kostenfaktor, auf den diese Beschreibung zutrifft, steht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Autoverkehr: zum Beispiel die kostenlosen Parkflächen vor Schulen oder städtischen Hallen, Tiefgaragenstellplätze in städtischen Ämtern, Ampelanlagen etc.

Der VCD hat hierzu ein knappes Faltblatt erstellt. Ihr könnt es bestellen bei VCD, Kochstr. 27, 10969 Berlin; Tel. 030 280351-0; Fax 030 280351-10; E-Mail: mail@vcd.org.

4. Die häufigsten Fragen rund um den Mobilfunk

Wer prüft, ob die geltenden Grenzwerte eingehalten werden? Sind Mobilfunkanlagen in reinen Wohngebieten zulässig? Gibt es ein Kataster aller errichteten Sendestationen? Wenn ja wo? Welche Eingriffsmöglichkeiten haben Kommunen?

Das Bundesamt für Strahlenschutz hat die am häufigsten gestellten Fragen nebst Antworten ins Internet eingestellt. Den betreffenden Link findet Ihr auf der GAR-Internetseite <http://www.gar-bw.de/index.php?id=1385>. Der Link steht auch auf der GAR-Internetseite unter Gesundheit.

5. Auf der Kippe – neues Abfallrecht seit 1. Juni 2005 in Kraft.

Seit dem 1. Juni gilt ein neues Abfallrecht. Das Bundesumweltministerium hat anlässlich der neuen Rechtslage eine Broschüre erstellt, die im Internet unter <http://www.bmu.de/35528> herunter geladen werden kann oder im GAR-Büro erhältlich ist.

6. Reader zum Kongress "Europa findet Stadt" von Heide Rühle

Am 9. April 2005 veranstaltete die Europa-Abgeordnete Heide Rühle in Köln die Konferenz "Europa findet Stadt. Großstädte in der Europäischen Union". 120 Teilnehmerinnen und Teilnehmer kamen in die Domstadt, um Berührungspunkte europäischer und kommunaler Politik zu erörtern. Jetzt gibt es die Dokumentation zum Kongress: Der Reader – eine Zusammenstellung der schriftlich vorliegenden Beiträge der Tagung – gibt einen Überblick zu den in Köln behandelten Fragen. Er steht zum Download bereit unter http://www.heide-ruehle.de/heide/artikel/321/doc/doku_europa_findet_stadt.pdf

Außerdem findet Ihr unter www.heide-ruehle.de weitere Informationen zu dem Kongress und anderen europapolitischen Themen.

7. Gentechnikfreie Region

Die Kommune kann den Anbau von genetisch veränderten Organismen nicht verbieten. Sie kann aber die freiwillige Selbstverpflichtung der Bauern begrüßen und sie kann den Pächtern verbieten, gentechnisch veränderte Pflanzen anzubauen.

Einen entsprechenden Gemeinderatsbeschluss hat im Juni die Stadt Tübingen auf Antrag von AL/Grüne gefasst. Die befürwortende Gemeinderatsvorlage der Stadtverwaltung mit ausführ-

licher Begründung kann im GAR-Büro angefordert werden und sie steht auf der GAR-Internetseite <http://www.gar-bw.de/index.php?id=1389>. Die Stadt hat ihre positive Bewertung zwar später wieder zurückgenommen – und wolle einen einschränkenden Zusatz, der für Forschungszwecke eine Ausnahme zulässt, aber im Endeffekt wurde dann die restriktive Ursprungsvariante des Antrags beschlossen. Vielleicht ist die ausführlich begründete positive Verwaltungsstellungnahme auch anderen AntragstellerInnen nützlich.

8. Jugendschutz bei Festen – ein Thema für die anstehenden Sommerfeste

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Kreisvorstände, im Wahlkampf ist man ja immer auf der Suche nach guten Ideen und grünen Themen. Eine Anregung für eine Wahlkampfaktion möchte ich Euch hier nun geben. Es handelt sich um eine relativ leicht umzusetzende, überall wirksame und für unseren Sommer- und Ferienwahlkampf besonders passende Form von konkreter Politik. Wir wollen an die gesetzlichen Regelungen bei der Abgabe von Alkohol erinnern und gleichzeitig an das verantwortliche Handeln von Veranstaltern und Verkäufern appellieren.

Wir haben im Sommer letzten Jahres eine Sondersteuer auf Alcopops verabschiedet – gegen die Stimmen der Union und der FDP. Die Verteuerung dieser Einstiegsdroge in den Alkoholismus von Jugendlichen hat erfreulicherweise gewirkt. Der Konsum von Alcopops ist drastisch zurückgegangen. Die Verteuerung ist ein wirkungsvoller Weg der Suchtprävention, wie jetzt aktuell auch die Erhöhung der Tabaksteuer aufgezeigt hat.

Es gibt aber auch andere wichtige Ansätze. Ein Baustein ist die Umsetzung der Jugendschutzbestimmungen auf größeren Festen. Damit Ihr – z.B. in Zusammenarbeit mit einer regionalen Einrichtung für Suchtprävention – derartiges initiieren könnt, schicke ich Euch die beiliegende Muster-Presseerklärung. Eine Tipp-Liste für die Organisation und den Ablauf von Festen sowie einen Mustertext für eine freiwillige Erklärung für Festveranstalter findet Ihr unter folgendem Link: <http://www.blv-suchthilfe.de/villa-schoepflin/> (dort bitte erst „Unsere Angebote“ anklicken und dann zum Projekt „Hart Am Limit – HALT“ gehen; dort gibt es hervorragende Materialien als pdf-Dokumente). Mit diesen Materialien kann man Kontakt aufnehmen mit einer Suchtberatungsstelle, Pressearbeit gestalten und in der Öffentlichkeit mit dem Vorschlag punkten, das nächste Fest, den kommenden Stadtteilhock oder das anberaumte Straßenfest schöner und sicherer zu veranstalten und zugleich einen Schritt für mehr Jugendschutz zu machen.

Herzliche Grüße, Kerstin Andreae, MdB

9. Steuerliche Behandlung von Ausgaben für die Gremienarbeit

Ihr wisst, dass die Aufwandsentschädigung oberhalb eines festgesetzten Freibetrages (der von der Gemeindegröße abhängig ist) versteuert werden muss. (Mindestfreibetrag 154 € pro Monat; wer im Gemeinderat und im Kreistag ist, kann die Freibeträge aus beiden Gremien addieren und wer den Fraktionsvorsitz hat kann die doppelten Freibeträge anrechnen.)

Was vielen sicherlich neu ist – und auch mir neu war - ist die Möglichkeit, alle Aufwendungen, die höher sind als die gewährten Aufwandsentschädigungen beim Finanzamt nachzuweisen und sie mit zu versteuernden Gewinnen aus selbständiger Tätigkeit zu verrechnen. Das könnte der Abschreibungsbetrag für einen PC sein oder die Kosten für ein Arbeitszimmer in Höhe von 1250 € im Jahr. (Es gelten jeweils die gerade gültigen Abschreibungsregelungen.) Die Tatsache, dass Aufwendungen für ein kommunales Ehrenamt oberhalb der Aufwandspauschalen als Betriebsausgaben abgesetzt werden können, steht in einem Rundschreiben des

Städtetags von Baden-Württemberg vom 20 Juni 2005. Es fasst die hierzu vorliegenden Erlasse zusammen.

Das Rundschreiben kann im GAR-Büro angefordert werden. Darin sind die gültigen Freibeiträge nach Gemeindegröße aufgeführt. Das Rundschreiben steht auch unter Sonstiges auf der GAR-Internetseite.

10. Nicht auf Kosten der EnBW zur WM fahren

Die EnBW lässt nichts unversucht, sich bei den kommunalen EntscheiderInnen als Konzessionsnehmerin für die anstehenden Konzessionsverhandlungen ins Gespräch zu bringen. So bietet sie zum Beispiel die Teilnahme an einem Gewinnspiel an, bei dem WM-Karten zu gewinnen sind. In Oberschwaben hat sich ein Bürgermeisterkollege von Cai Fark (Grüner Bürgermeister in Warthausen) an die Kommunalaufsicht gewandt. Diese stuft die Entgegennahme des Preises (bisher Tickets zum Confederations Cup) als Vorteilsnahme ein – also Hände weg von verlockenden EnBW-Angeboten, doch noch zu einem WM-Ticket zu kommen.

11. Neues Schulinfo der Grünen Landtagsfraktion

Schulpolitik ist an einer Nahtstelle von Kommunal- und Landespolitik angesiedelt und bei schulpolitischen Debatten in den Gemeinden wird oft auch die Landespolitik mit angesprochen. Wer die aktuellen Forderungen und Thesen der Grünen Landtagsfraktion zur Schulpolitik und die Kritik an der Politik der Landesregierung parat haben möchte: sie sind im neuen Infogrün von Renate Rastätter, MdL zusammengefasst. Es steht unter nachstehendem Link in der rechten Spalte <http://www.gar-bw.de/index.php?id=1381> oder kann im GAR-Büro als Datei oder in Papierform bestellt werden.

12. Neue AKP ist erschienen 4/2005 – Schwerpunkt Umweltschutz

"Mopsfledermaus bremst Flughafenausbau" – "Städte- und Gemeindebund NRW fordert Nachhaltigkeit und Kostenbewusstsein statt teurer Vorzeigeprojekte" – "BUND-Studie: Immer mehr Schadstoffe in Muttermilch". Solche Überschriften von Pressemitteilungen beschreiben die Klischees und den schwankenden Stellenwert von Umweltschutz recht anschaulich: Er gilt als oft überzogen; es geht um Pflanzen und Tiere, die kein Mensch kennt, geschweige denn gesehen hat. Und er verhindert für den Aufschwung wichtige Projekte. Aber wehe, die Gesundheit oder emotional besetzte Dinge sind bedroht, dann ist das Geschrei groß und die Politik zum Handeln aufgefordert. Unseren AutorInnen ist es gelungen, in ihren Beiträgen Umweltpolitik so mit anderen Politikfeldern wie Regionalentwicklung oder Gesundheitsschutz zu verknüpfen, dass KommunalpolitikerInnen nicht nur praktische Tipps, sondern auch Argumente für die Überzeugungsarbeit an die Hand bekommen. Ferner: Korruption, Museen, Gender-Mainstreaming, Steuerschätzung.

Das Inhaltsverzeichnis und eine Leseprobe aus dem aktuellen Heft ist unter www.akp-redaktion.de zu finden.

Ein AKP-Exemplar kostet 8 Euro plus 1,20 Euro Versandkosten. Bezug: AKP, Luisenstr. 40, 33602 Bielefeld, Ruf 0521/177517, Fax 0521/177568, akp@akp-redaktion.de

Die AKP-Redaktion freut sich auf Eure Bestellungen!